

Jörg Roesler

**Dialog, Monolog und Wohlfahrtsstaat.
Zur Realisierung von Eigeninteresse der herrschenden Eliten und
Interesse des Volkes in Deutschland in den vergangenen 60 Jahren**

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 20. April 2006

Notwendige Vorbemerkungen

Erstens stellt die folgende Analyse einen Versuch dar, mit Hilfe einer bestimmten Darstellungsmethode, in der die Verwendung der Begriffe Monolog und Dialog eine wesentliche Rolle spielt, für die deutsche Nachkriegsgeschichte bis zum Anschluss der DDR an die Bundesrepublik und darüber hinaus einen roten Faden zu finden. Dabei erweisen sich die unter den Bedingungen der Teilung und des Kalten Krieges in der DDR wie die in der BRD entwickelten Interpretationsmuster für die Entwicklung bei sich selbst und beim Nachbarn als unzureichend. Wesentliche historische Ereignisse der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nachkriegszeit lassen sich weder daraus erklären, dass es in der DDR ein Repressionsregime gab, dass keine andere als die aus den Zielstellungen des Stalinismus/Poststalinismus resultierenden Entwicklungen zuließ (Westinterpretation). Ebenso wenig lässt sich die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierungen auf das „Durchstellen“ der Interessen der Wirtschaftsmonopolunternehmen reduzieren (Ostinterpretation).

Zweitens hat die in der Zeit der deutschen Teilung jahrzehntelang geübte und nach der Vereinigung fortgesetzte getrennte Behandlung der Geschichte beider deutscher Staaten dazu geführt, dass eine ganze Anzahl sozialwissenschaftlicher Begrifflichkeiten nur auf den einen Staat – die ostdeutsche Diktatur – bzw. den anderen Staat – die westdeutsche Demokratie – angewandt wurden. Für die Behandlung gleicher bzw. ähnlicher Probleme in beiden deutschen Staaten, für eine vergleichende Betrachtung der Reaktion der Regierenden bzw. der Bevölkerung auf diese Probleme ist aber die Verwendung einheitlicher Begriffe unumgänglich. Um Missverständnisse beim Leser zu vermeiden, wird einleitend die für die Behandlung des Themas notwendige, teilweise vom Üblichen abweichende von mir gewählte Begriffsbildung erst

näher erläutert, bevor das eigentliche Thema behandelt werden kann.

Erklärungsbedürftig ist zunächst einmal die von mir vorgenommene Verwendung der Begriffe Dialog und Monolog.

Unter *Monolog* wird im Folgenden der Prozess der Zielfindung *innerhalb* der administrativen Elite (ein noch näher zu erläuternder Begriff) und der Prozesse der Ausformulierung eines wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepts – nur darum soll es im Folgenden gehen – ohne explizite oder implizite Berücksichtigung der aktuellen Meinung breiter Bevölkerungskreise verstanden.

Von *Dialog* wird im Folgenden dann gesprochen, wenn es dem Volk gelingt, seine substanziellen Vorstellungen in die Formulierung der wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele durch die administrative Elite einzubringen. Gleichzeitig werden die Volksmassen dabei einen wesentlichen Teil der politischen Vorstellungen der administrativen Elite, die nicht unmittelbar ihr substantielles Interesse berühren, zu akzeptieren haben. Dabei ist es für unsere Betrachtung sekundär, ob der Dialog auf der Grundlage mehr oder minder institutionalisierter Aktivitäten (z.B. über Wahlen, Volksbefragungen bzw.-initiativen, Gesetzesreferenden, überbetriebliche Mitbestimmung, Meinungsumfragen, Berichte über „Stimmungen und Meinungen“, Eingaben), oder auf dem Wege informeller Aktivitäten (Verweigerung der Teilnahme an von den Eliten für alle vorgeschriebenen „Veranstaltungen“, z.B. Wahlen, Demonstrationen, Steuerzahlungen, Verlassen des Landes, politische Streiks bis zum Generalstreik und andere Arten zivilen Ungehorsams) zustande gekommen ist. Ebenso als sekundär betrachtet wird die Frage, ob der Übergang vom Monolog zum Dialog und die Einhaltung des Dialogs aus gewonnener tieferer Einsicht der administrativen Elite herrührt oder ihr von der Bevölkerung durch Protestaktionen, d.h. durch die „Straße“ aufgezwungen wurde, ob das Volk die Ziele der administrative Elite aus Einsicht oder aus Wissen um deren relative Stärke akzeptiert. Die Formulierung der Politik gestaltenden Ziele setzt im Falle des Dialogs immer eine Konsensbildung zwischen administrativer Elite und Volk voraus. Entscheidend für die folgende Betrachtung ist, dass es nicht ein verbalen Dialog, sondern um durch gegenseitige Zugeständnisse erreichte reale Kompromisse geht. Der gefundene und befolgte Konsens wird auch als ungeschriebener Gesellschaftsvertrag bezeichnet, der sowohl im Osten¹ als auch im Westen Deutschlands² anzutreffen war oder auch als Klassenkompromiss.

1 Vgl. Th. Roethe, Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl. Ein Plädoyer für das Ende der Schonfrist, Frankfurt/Main 1999, S. 34.

2 Vgl. J. Bruhn, Raubzug der Manager oder die Zerstörung des Sozialstaates, Hamburg 2005, S. 86.

Keineswegs prinzipiell ignoriert, aber im Detail weitgehend ausgeklammert wird in der folgenden Betrachtung, dass es auch einen Dialog zwischen beiden Teilen Deutschlands gab, sowohl auf der Ebene der administrativen Eliten als auch eine Verständigung auf der Ebene des Volkes. Dieser Dialog war gekennzeichnet durch Magnettheorie und „Ein- und Aufholprogramme“ auf der einen Ebene und durch die Entwicklung eines gesamtdeutschen Konsumbewusstseins auf der anderen Ebene. In der folgenden Untersuchung spielt dieser Dialog insofern eine Rolle, als die administrativen Eliten in beiden deutschen Staaten sich über Jahrzehnte mit Blick auf den anderen Teil Deutschlands bewusst waren, dass ihre Politik letztendlich nicht alternativlos war.³

Mit *administrativer Elite* wird im Folgenden diejenige Fraktion der politischen Klasse bezeichnet, die zu einem gegebenen Zeitpunkt die Macht ausübt, *unabhängig* davon, auf welche Weise deren Herrschaft legitimiert ist. Nicht im Detail beantwortet werden kann im Rahmen dieses Aufsatzes die Frage, ob die administrative Elite vorrangig ihr eigenes Interesse vertrat – eine Vision zu verwirklichen und/oder an der Macht zu bleiben – oder hauptsächlich die Interessen eines anderen Teils der Elite – z.B. die der Wirtschaftselite – durchsetzte.

Als das *Volk* wird in Folgendem jener Teil der Bevölkerung bezeichnet, der sich ob sie nun heute Arbeitnehmer oder selbständige Mittelständler genannt werden, ob sie Arbeiter oder Angestellte in Stellung sind oder arbeitslos, ob sie in Parteien oder Gewerkschaften organisiert sind oder auch nicht. Nur ein Teil des Volkes, der aber die administrative Elite stets auch durch seine große Zahl beeindruckte, beteiligte sich aktiv (bzw. durch passiven Widerstand) an der Einforderung des Dialogs.

Als *ideologische Ziele* werden im Folgenden solche bezeichnet, die unmittelbar, und ungefiltert durch die konkreten Bedingungen aus den jeweiligen ordnungspolitischen Vorstellungen (z.B. aus den Grundlehren des Neoliberalismus bzw. aus denen der sowjetischen Planwirtschaft) abgeleitet sind, also die „reine Lehre“ widerspiegeln.

Als *substanzielle Ziele* werden im Folgenden solche bezeichnet, die sich aus den Grundbedürfnissen der Bevölkerung nach angemessener Ernährung, Kleidung, Wohnung und nach einem Arbeitsplatz, nach Verminderung der

3 Vgl. dazu die den wechselseitigen Bezugnahmen gewidmeten Abschnitte in: J. Roesler, Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe, Leipzig 2006, S. 52–55, 91–99, 126–139, 164–171, 198–203, 214–218.

„Schweißauspressung“ über Leistungslohn und lange Arbeitszeiten sowie nach sozialer Sicherheit ableiten lassen. Bei Realisierung dieser Ziele spricht man im Allgemeinen vom Wohlfahrtsstaat.

Mit *dualer Welt* ist hier die Zeit der Existenz zweier Weltsysteme gemeint, von denen jedes für sich in Anspruch nahm, jeweils das einzig richtige zu sein und die aus diesem Anspruch einen – nur durch das militärische Gleichgewicht gezügelten – Missionierungsdrang entwickelt haben. Dieser Anspruch wurde bekanntlich in den 1950er Jahren, der hohen Zeit des Kalten Krieges, mit anderen Mitteln und Methoden verfolgt als in den Jahren, in denen die Entspannung dominierte (1970er und 1980er Jahre).

1. Die Formulierung der ordnungspolitischen Ziele durch die administrativen Eliten und die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Bevölkerung nach 1945

Mitte 1948, etwa zum Zeitpunkt der Währungsreformen in den Westzonen bzw. der SBZ, hatte sich innerhalb der administrativen Elite in Westdeutschland das Ziel der Einführung einer freien Marktwirtschaft im Rahmen eines bürgerlich-demokratischen Staates durchgesetzt.⁴ Personifiziert war dieses Ziel in seiner ordnungspolitischen Dimension durch Ludwig Erhard, dem Wirtschaftsdirektor des Verwaltungsrates der Bi- und bald auch der Trizone. In Ostdeutschland hatte sich dagegen – teilweise noch im offenen Meinungsstreit – in Abkehr vom antifaschistisch motivierten ordnungspolitischen Konsens der Nachkriegszeit, Planung zu betreiben, aber den Markt nicht auszuschließen, im Bereich der Ordnungspolitik die Auffassung durchgesetzt, dass der Wiederaufbau nur mit Hilfe einer direktiven Planwirtschaft (sowjetischen Typs) auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus in Wirtschaft und Politik erfolgreich verwirklicht werden könne.⁵ Personifiziert wurde diese Zielstellung durch Walter Ulbricht. Beide Konzeptionen waren zustande gekommen mit Hilfe und Zutun der jeweiligen Besatzungsmächte, im Falle der SBZ der sowjetischen. In den Westzonen waren die Auffassungen, Haltungen und Eingriffe des Militärgouverneurs der amerikanischen

4 „In der öffentlichen Argumentation wurde allerdings von Anfang an ‚der Begriff der ‚freien Wirtschaft‘ oder ‚liberalen Marktwirtschaft‘ peinlich vermieden. Man sprach von einer ‚sozial gesteuerten‘, sozial verpflichteten‘ oder ‚sozial gebundenen‘ Marktwirtschaft“ (G. Ambrosius, Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949, Stuttgart 1977. S. 196).

5 Vgl. J. Roesler, Die Haltung der ostdeutschen Parteien zur Planwirtschaft und Marktwirtschaft 1945–1949, in: Deutsche Studien, 112/1991.

Zone, General Clay, der in Westdeutschland „ein orthodox amerikanisches System des freien Unternehmertums einzuführen“⁶ gedachte, für die Durchsetzung der Marktwirtschaftsvariante ausschlaggebend.⁷

In den ersten drei Nachkriegsjahren nahmen auch im deutschen Volk Vorstellungen von den Zielen einer Nachkriegswirtschaft Gestalt an. Diese waren in Ost und West sehr ähnlich: Die Anstrengungen der Entrümmerung und des Wiederaufbaus war man bereit auf sich zu nehmen – für die Wiederherstellung des Wohlfahrtsniveaus der „Friedenszeit“. Als selbstverständlich angesehen wurde das Wiederknüpfen des sozialen Netzes jener besseren Zeit. Konstitutives Ziel war eine niedrige Arbeitslosigkeit. Wünschenswert war ein Ende der Akkordlöhnerie. Auf keinen Fall durfte sich noch einmal wiederholen, was in der Weltwirtschaftskrise geschehen war: Abbau der Beschäftigung in großem Maßstab, begleitet von Kürzungen des Lohnes, der Arbeitslosenunterstützung und anderer Sozialleistungen. Diese, aus der Situation der Nachkriegsnotzeit heraus geborenen, bescheidenden Ziele wurden später erweitert mit Blick auf das quantitativ und vor allem qualitativ steigende Konsumgüterangebot – vom Auto bis zur Waschmaschine. Außerdem kamen Forderungen nach Verdichtung und Ausdehnung des Netzes der sozialen Sicherheit hinzu. Auf keinen Fall aber sollte es zu einem Abbau des einmal erreichten Versorgungsniveaus kommen.⁸

Diese substanziellen Ziele standen *neben* den ideologischen, prinzipiell aber nicht konträr zu ihnen. Nach Auffassung von Erhard war angesichts der hohen Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft die Wirtschaftspolitik die beste Sozialpolitik, da eine Förderung der Investitionsbereitschaft der Unternehmen Arbeit brächte und im Wettbewerb um die knapper werdenden Arbeitskräfte später auch höhere Löhne gezahlt werden würden.⁹

Ebenso waren die Verfechter der Planwirtschaft davon überzeugt, dass die Ergebnisse hohen Wachstums unter den Bedingungen der volkseigenen Wirtschaft unmittelbar, wenn auch nicht immer zeitgleich – unter Ulbricht galt dafür das Motto: „Wie wir heute arbeiten werden wir morgen leben“ – die beste Garantie für wachsenden Wohlstand des Volkes seien. Die administrativen Eliten in Ost und West glaubten also, die Forderungen des Volkes in den von

6 J. H. Backer, Die deutschen Jahre des Generals Clay, München 1983, S. 293 f.

7 Detaillierter zum Verhältnis von Clay und Erhard: A. C. Mierzejewski, Ludwig Erhard. Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft. Biografie, München 2005, S. 115 f.

8 Zur Lage der Bevölkerung in den vier Besatzungszonen nach dem Kriege vgl. Ch. Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1986, S. 46–52.

9 G. Ambrosius, Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft, S. 196, 200.

ihnen verkündeten ideologischen Zielstellungen (implizit) bereits genügend berücksichtigt zu haben.¹⁰

Im konkreten Geschichtsverlauf sollte sich jedoch über kurz oder lang die Durchsetzung der ideologischen Zielstellungen als konträr zu denen der substanziellen erweisen. Auf diese Momente, in denen es doch um die Priorität der einen bzw. der anderen Vorstellungen ging, soll zunächst etwas detaillierter eingegangen werden.

2. Die Auseinandersetzungen um den Vorrang von ordnungspolitischen bzw. substanziellen Zielen des Wirtschaftens 1948 (BRD) bzw. 1953 (DDR) unter den Bedingungen der dualen Welt

In Übereinstimmung mit ideologischen Zielsetzungen, wie sie von ordoliberalen Wirtschaftstheoretikern entwickelt wurden, verkündete Erhard, Anhänger der freien Marktwirtschaft und freier Preise,¹¹ im Juni 1948 zeitgleich mit der Währungsreform auf der Grundlage des „Leitsatzgesetzes“ die Freigabe einer Vielzahl von Konsumgüterpreisen *und* behielt gleichzeitig die „Bewirtschaftung“ des Lohnes bei, d.h. er hielt den Lohnstopp von 1944 aufrecht. Durch diese Bevorzugung der Unternehmer sollte für die Unternehmen eine hohe und wachsende Gewinnrate gesichert und damit die Voraussetzung für Investitionen, die wiederum Arbeitsplätze und „Wohlstand für alle“ schaffen würden, geschaffen werden. Sein Konzept sah Erhard als alternativlos an.¹² Als Resultat der Aufhebung der Bewirtschaftung auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft stiegen in den Westzonen die Preise für viele Konsumgüter rasch an – generell und bezogen auf das zweite Halbjahr 1948 um 17%. Die Arbeitslosenzahl verdoppelte sich im gleichen Zeitraum auf eine Million.¹³ Weitaus stärker als im Durchschnitt erhöhten sich die Preise für einige grundlegende Nahrungsmittel. Der Getreidepreis stieg laut „Spiegel“ bis Ende September um 20%, die Fleischpreise generell um 38%.¹⁴ Besondere Verärgerung bei der Bevölkerung rief die Entwicklung des Eierpreises hervor, der sich zwischen Juli und Oktober 1948 von 35 auf 85 Pfennig erhöhte.

10 J. Roesler, Erst besser arbeiten, dann mehr essen, in: K. Pätzold/M. Weißbecker (Hrsg.): Schlagwörter und Schlachtrufe aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Bd. 2, Leipzig 2002, S. 20.

11 D. Rosenfeld, Der Reformator, in: Der Tagesspiegel v. 30I 10.2005.

12 Vgl. W. Abelshauer, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Bonn 2004, S. 162.

13 M. Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 2000, S. 260.

14 Der Spiegel 41/1948 S. 3.

Diese Preisentwicklung musste unter Beibehaltung des Lohnstopps zu einem drastischen Absinken der Reallöhne führen. Wegen Preistreiberei kam es in manchen westdeutschen Städten zu turbulenten Szenen. „Auf dem Münchener Wochenmarkt wurden den Händlern Gänse vom Tisch gerissen und in die Menge geschleudert. ... Eierkisten wurden umgestülpt und die Eier zertreten, bis schließlich das Überfallkommando anrückte.“¹⁵ Erhards Antwort waren Erklärungen und Appelle mit dem Tenor „Gebt mir Zeit!“ Das war bestenfalls eine Erläuterung zum Monolog, nicht die Eröffnung eines Dialogs. Erhards implizite Bezugnahme auf die vom Urvater aller Wirtschaftsliberalen, Adam Smith, erzählte Metapher von der „unsichtbaren Hand“, die Eigennutz in Gemeinwohl zu verwandeln vermöge, dieses Gemeinwohl stärker befördere als ein direkt auf die Volkswohlfahrt ausgerichtetes Handeln, wollte die Bevölkerung der Westzonen nicht akzeptieren. Die folgenreichste Antwort auf Erhards Beharrungsvermögen waren die „Stuttgarter Vorfälle“ vom 28. Oktober 1948, durch die sich General Clay veranlasst sah, Panzer gegen Demonstranten einzusetzen¹⁶ sowie der von den Gewerkschaften auf Druck der Arbeiterschaft ausgerufenen Generalstreik vom 12. November 1948 – mit über 9 Millionen Beteiligten die größte Streikaktion in der deutschen Nachkriegsgeschichte – der allerdings nur unter strengen Auflagen der besorgten Besatzungsmächte erlaubt worden war¹⁷. Demonstriert wurde in Stuttgart gegen „Wucher und Preistreiberei“, für „feste Verkaufspreise für notwendige Bedarfsartikel“, für einen „radikalen Kurswechsel der Frankfurter Wirtschaftspolitik“¹⁸. Ludwig Erhard, dessen Rücktritt ebenso gefordert wurde wie die Rückkehr zu festen Preisen und zu anderen Elementen der Planwirtschaft¹⁹, konnte sich aber u.a. dank der Unterstützung durch General Clay, der bei der US-Regierung zusätzliche wirtschaftliche Hilfsleistungen durchsetzte²⁰, im Amt halten.

15 W. Weimer, Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro, Hamburg 1998, S. 62.

G. Ambrosius, Die Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft, S. 181.

Der Spiegel 41/1948, S. 3

16 S. Mielke/P. Rütters, Peter/ M. Becker (Bearbeiter): Gewerkschaften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1945–1949 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert), Köln 1991, S. 67.

17 G. Beier, Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948, Frankfurt/Main 1975, S. 9.

18 Stuttgarter Zeitung vom 30.10.1948.

19 V. Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996, S. 75–77.

20 L. D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt am Main 1950, S. 247.

Als für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik bedeutsam erwiesen sich nicht so sehr das Ausmaß und die Art der Austragung der Auseinandersetzungen, sondern die Tatsache, dass in deren Gefolge ein Dialog zwischen administrativer Elite und Volk zustande kam. Erhard gab seine ordnungspolitischen Vorstellungen zwar nicht auf und wies die Forderungen nach Wirtschaftsplanung entschieden zurück, musste aber den Einwänden gegen seine Politik, soweit sie sich auf die Verschlechterung des Lebensstandards bezogen, akzeptieren und sah sich gezwungen, Abhilfe zu schaffen. Bereits wenige Tage nach den „Stuttgarter Vorfällen“ und noch vor dem angekündigten Generalstreik, am 3. November 1948, wurde der Lohnstopp aufgehoben.²¹ Schon vor und vor allem nach dem 12. November 1948 wurde das „Jedermann-Programm“ aufgelegt. Es diente der Versorgung der Bevölkerung mit vordringlich benötigten Gütern des täglichen Bedarfs, vor allem mit Textilien und Schuhen, zu niedrig angesetzten, festgelegten Preisen.²² Eine ähnliche Funktion wie das „Jedermann-Programm“ hatte der Verkauf von StEG-Gütern, d.h. Kleidern, Schuhen und anderen Waren aus beschlagnahmten Beständen der deutschen Wehrmacht und aus amerikanischen Heeresbeständen, die wie die „Jedermann“-Erzeugnisse verbilligt und zu vorgeschriebenen Preisen an die arbeitende Bevölkerung abgegeben wurden. „Auf diese Weise gelangten im Konsumgütersektor Anfang 1949 mehr als die Hälfte der Waren zu gebundenen Endverbraucherpreisen auf den Markt.“²³ Das Jedermann-Programm lief Anfang der 50er Jahre aus, das StEG-Programm Ende 1952²⁴, d.h. erst zu einem Zeitpunkt, als sich dank des „Koreabooms“ die wirtschaftlichen Wachstumsraten in der BRD verstetigt hatten, die Löhne merklich gestiegen waren und der Abbau der noch immer hohen Arbeitslosigkeit einsetzte.

Die frühzeitige Aufhebung des Lohnstopps widersprach ebenso der wirtschaftsliberalen Vernunft, wie die eher aus Planwirtschaften bekannten Festpreise für Konsumgüter marktwirtschaftliche Grundsätze permanent verletzen. Seitens der westdeutschen administrativen Elite wurden diese Abstriche von der Verwirklichung ihrer ideologischen Ziele in Kauf genommen, nachdem sie sich – entsprechend nachdrücklicher Hinweise der Besatzungs-

21 W. Abelshäuser, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Frankfurt/Main 1983, S. 53.

22 G.-O. Karnagel, *Jedermann-Programm*, in: W. Benz, (Hrsg.), *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55*, Berlin 1999, S. 353.

23 Ebenda, S. 351.

24 G.-O. Karnagel, *Staatliche Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut mbh (StEG)*, in: W. Benz, *Deutschland unter alliierter Besatzung*, S. 371.

mächte – dazu durchgerungen hatte, auf die substanziellen Ziele des Volkes Rücksicht zu nehmen, das ihnen – bei der nächsten im Kalten Krieg sich bietenden Gelegenheit, wie es zumindest lange Zeit schien – den Rücken kehren und zur anderen Seite überwechseln könnte, sofern dem Volkswohl nicht genügend Beachtung geschenkt würde. Clays wiederkehrende Furcht vor einer kommunistischen Machtergreifung in Westdeutschland ist in den 1949 erschienenen Memoiren seiner deutschen Dienstzeit noch ablesbar.²⁵ Das Volk honorierte diese Angebote seinerseits, in dem es nicht mehr gegen die – sozial werdende – Marktwirtschaft rebellierte und auf seine Forderung nach der Wiederaufnahme planwirtschaftlicher Regulierungen verzichtete.

Ähnliche Überlegung spielten auch für die administrative Elite in der DDR und innerhalb der sowjetischen Besatzungsmacht eine entscheidende Rolle, als die Arbeiter am 17. Juni 1953 streikten und auf die Straße gingen, um vor allem gegen eine seitens der Regierung verordnete Normenerhöhung und die von ihr angeordnete Verschlechterung der Kartenversorgung, die eine Senkung der Nominal- und Reallöhne bewirkten, zu protestieren. Die Gewissheit der administrativen Elite in der DDR, dass die Arbeiterschaft den angeblich beim Aufbau des Sozialismus notwendigen – tatsächlich vor allem aus sowjetischen Aufrüstungsaufgaben resultierenden – „Feldzug für strengste Sparsamkeit“ mittragen würde, hatte sich als Illusion erwiesen. Das Geschenk des Aufbaus des Sozialismus im östlichen Teil Deutschlands konnte das Volk nicht als Kompensation für über höhere Arbeitsnormen vermittelte Lohnkürzungen, und verschlechterte Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und -dienstleistungen akzeptieren. Streiks und Demonstrationen waren die Antwort. Am 17. Juni wurden von den Protestierenden nicht nur Forderungen nach einem radikalen ökonomischen Kurswechselgestellt, sondern nachdrücklich auch der Rücktritt der DDR-Regierung und demokratische, gesamtdeutsche Wahlen gefordert.²⁶

Ulbricht blieb zwar dank der Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht im Amt, musste sich aber zum Dialog mit dem Volk bereit finden, die den Lebensstandard senkenden Normerhöhungen zurücknehmen und einen (von sowjetischer Seite bereits vorformulierten) „neuen Kurs“ verwirklichen. Dieser beinhaltete die rasche Erhöhung der Konsumgüterproduktion, verbun-

25 Vgl. Clay, Entscheidung, S. 324, 327.

26 Ch. Buchheim, Wirtschaftliche Hintergründe des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3/1990, S. 428; H. Stadland, Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945–1953, S. 486–493.

den mit Nominal- und Reallohnverbesserungen durch Erhöhung der Tariflöhne und Senkung der HO-Preise unter Umgehung des seit 1948 nachdrücklich propagierten „sozialistischen Leistungsprinzips“. Den neuen Kurs zu verwirklichen war nur möglich, wenn auch an der Doktrin vom vorrangigen Aufbau der Schwerindustrie deutliche Abstriche gemacht und der zum Gesetz erhobene Fünfjahrplan faktisch ad acta gelegt wurden.²⁷ Ungeachtet aller Zugeständnisse in Richtung der substanziellen Ziele des Volkes hielt Ulbricht an den ideologischen Zielen der administrativen Elite, an Planwirtschaft und dem Programm des „Aufbaus des Sozialismus“ fest. Dass das Volk der DDR dies akzeptierte, war Teil des Dialogs bzw. die andere Seite des ungeschriebenen Gesellschaftsvertrages von 1953.²⁸

3. Die Durchsetzung der „Sozialen Marktwirtschaft“ (BRD) bzw. der „sozialen Planwirtschaft“ (DDR) während der 1950er Jahre

Die Lehren von 1948 und 1953 haben die administrativen Eliten in Ost und West in der Folgezeit weitgehend beherzigt. Man blieb im Dialog, d.h. war bemüht, die eigenen ideologischen mit den substanziellen Zielen des Volkes in Einklang zu bringen. In der Bundesrepublik stieß diese Konsenspolitik, nachdem das „Wirtschaftswunders“ angelaufen war, ökonomisch auf keine wesentlichen Schwierigkeiten mehr. Während Erhard im zweiten Halbjahr 1948 eine Erhöhung des Arbeitsgeberanteils am Volkseinkommen nur bei Verringerung des Arbeitnehmeranteils realisierbar schien, erlaubten die hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten in den 1950er und bis zur Mitte der 1960er Jahren ein gleichzeitiges Ansteigen des Reallohnes der Arbeiter und Absinken der Lohnquote.²⁹

Anfang der 1950er Jahre, solange sich das „Wirtschaftswunder“ noch nicht verstetigt hatte, wurde darüber hinaus der Konsens durch Extramaßnahmen „an der Marktwirtschaft vorbei“ aufrechterhalten. Dafür nur ein beachtenswertes Beispiel: Die Verabschiedung eines umfangreichen Wohnungs-

27 A. Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004, S. 80–82.

28 Die sich aus der gewählten Betrachtungsweise ergebende Fragestellung, warum die Einforderung des Dialogs durch das Volk in der DDR erst fünf Jahre später auf der Tagesordnung stand als in der Bundesrepublik, kann im Rahmen dieses Beitrages nicht beantwortet werden. Offensichtlich waren die objektiven und subjektiven Bedingungen für einen Dialog in der DDR – allen zur Zeit vorherrschenden Vorstellungen über die deutsche Nachkriegsgeschichte zum Trotz – zunächst, d. h. für eine Reihe von Jahren, günstiger.

29 J. Roesler, *Der Relativlohn*, Jürgen Kuczynskis Instrument zur Einschätzung der Lage der arbeitenden Klassen, 172/2005, S. 162ff.

bauprogramms durch den Bundestag im April 1950 war im Prinzip Parteienkonsens. Sie geschah fast einstimmig. Es war ein Programm, das, wie der Historiker der Bundesrepublik Thränhardt schreibt, „an den Bedürfnissen (d.h. nicht an der zahlungsfähigen Nachfrage – J. R.) orientiert war und stark sozialistische Züge trug.“³⁰

Mit der planwirtschaftlichen Theorie und den Erfahrungen der Sowjetunion, d.h. mit den geltenden ideologischen Zielstellungen unvereinbar war auch das in der DDR 1956 aufgelegte Programm zur Entwicklung halbstaatlicher Betriebe im Bereich der Konsumgüter- und Exportindustrien. Es erlaubte, die Erfahrungen und das Engagement der privaten Unternehmer für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in der DDR zu nutzen.³¹ Da sich die administrative Elite der DDR nicht offiziell des Bruches des im „sozialistischen Lager“ geltenden Konsenses, dass die nach der Aneignung der „Kommandohöhen der Wirtschaft“ verbleibende private Wirtschaft so bald wie möglich verstaatlicht werden müsse, schuldig machen wollte, bezog die SED-Führung sich auf Experimente in China, wo Mao Tse-Tung die „Kompradorenbourgeoisie“ zwar liquidiert hatte, die „nationale Bourgeoisie“ aber in den sozialistischen Aufbau integrieren wollte.³² Dass der Dialog mit dem eigenen Volk der Entscheidung für die Beibehaltung der „Privatinitiative“ im Konsumgütersektor der DDR eher zugrunde lag als das propagierte chinesische Vorbild, zeigte sich, als Mao in der Zeit des „Großen Sprungs nach vorn“ Ende der 1950er Jahre die Betriebe der nationalen Bourgeoisie verstaatlichte, während Ulbricht das Konzept des Zusammenspiels von staatlichen Betrieben und privaten „Betrieben mit staatlicher Beteiligung“ in den 1960er Jahren durch die Bildung von Erzeugnisgruppen weiter ausbaute.³³

Den besten Indikator dafür, wie weit das Volk der DDR seine substanziellen Ziele, die seit Mitte der 1950er Jahre zunehmend im Vergleich mit dem Lebensstandard der Bevölkerung in der Bundesrepublik formuliert wurden³⁴,

-
- 30 D. Thränhardt, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/Main 1996, S. 129.
31 H. Hoffmann, *Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung im planwirtschaftlichen System der DDR 1956–1972*, Stuttgart 1999, S. 54–61.
32 W. Mussler, *Der kapitalistische Sektor in der Industrie als Problem der Übergangsperiode*, Berlin 1959, S. 99.
33 J. Roesler, *Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR*, Freiburg i. Br./Berlin 1990, S. 87–98.
34 J. Roesler, *Massenkonsum in der DDR: Zwischen egalitärem Anspruch, Herrschaftslegitimation und „exquisiter“ Individualisierung*, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 1/2005, S. 39.

in Ostdeutschland verwirklicht sah, lieferte die deutsche Ost-Westwanderung (bis zu einem gewissen Grade auch die weitaus geringer dimensionierte West-Ost-Wanderung). Als nach Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit und mit wachsenden Wohlstand in den Jahren 1955–1957 die Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge aus der DDR deutlich anstieg, entwarf Ulbricht – mit sowjetischer ökonomischer Rückendeckung – sein dann auf dem V. Parteitag im Februar 1958 verkündetes Programm, Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch (und in der Pro-Kopf-Produktion) bis 1961 einzuholen und zu überholen. Unter Verzicht auf eine strenge Beachtung des „sozialistischen Leistungsprinzips“ stiegen die Löhne an und verbesserte sich die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern deutlich. Die Lebensmittelkarten wurden abgeschafft.³⁵ Das Ergebnis war ein signifikanter Rückgang der Abwanderung der Arbeiterschaft, die ihre substanziellen Zielstellungen nun auch im Osten besser verwirklicht sah und die in den 50er Jahren die Masse der Ost-West-Migranten stellte.³⁶ Ein erneutes, allerdings rasches Ansteigen der Anzahl der Westwanderer war gemäß dieser Konstellation unvermeidlich, als Mitte des Jahres 1960 beim Volks berechnete Zweifel an der Einhaltung des „Ein- und Überhol“-Programmes aufkamen, dessen Scheitern einerseits an den Folgen Ulbrichtscher Sozialisierungsaktionen in der Landwirtschaft und (teilweise) im Handwerk, andererseits auf einen Rückzieher der in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Sowjetunion von ihrem Beitrag zur Verwirklichung Konzeptes, die DDR zum attraktiven „Schaufenster des sozialistischen Lagers“ auszubauen, zurückzuführen war.³⁷

Für die 1950er Jahre generell gesehen hatten die Aufnahme und die Beibehaltung des Dialogs der administrativen Eliten von BRD und DDR mit „ihrem“ Teil des deutschen Volkes zur Folge, dass sowohl die Marktwirtschaft (ab Mitte 1948 in der Politik stets in der Verbindung mit dem Adjektiv sozial genannt) als auch die Planwirtschaft stärker sozial verfasst wurden, als in den Vorstellungen der administrativen Eliten ursprünglich vorgesehen.

35 A. Kaminsky, *Illustrierte Konsumgeschichte der DDR*, Erfurt 1999, S. 25–27.

36 J. Roesler, Ursachen zu gehen, Gründe zu bleiben. Zu den Beweggründen für deutsch-deutsche Wanderungen in den 50er Jahren, in: *Bleiben oder gehen. Ein deutsches Problem.* (Schriftenreihe des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung 16), S. 19–20.

37 A. Steiner, *Von Plan zu Plan*, S. 118–122.

4. Versuche der administrativen Eliten in beiden deutschen Staaten zum Monolog zurückzukehren und deren Scheitern (1960er bis 1980er Jahre)

Als gegen Mitte der 1960er Jahre das Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik zu seinem Ende kam und die Wachstumsraten sanken, war, wie Werner Abelshauser in seiner „Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik“ schreibt „Konsens nicht länger ein fast zwangsläufiges Produkt des wirtschaftlichen Erfolges; er musste organisiert und politisch gestiftet werden.“³⁸ 1948 war das Erhard nur unter dem Druck Clays gelungen. Seit 1963 war er als Bundeskanzler freier in seinen Entscheidungen und glaubte angesichts des erreichten Lebensstandards, den Dialog aufgeben und zum Monolog zurückkehren zu können. An das Volk ergingen seit 1965 Maßhalteappelle. Diese Politik verkündete er als alternativlos. Erhard wurde daraufhin so unbeliebt bei den einfachen Menschen wie seit 1948 nicht mehr. Als er, Adenauers „Wahlkampflokomotive“ während der 1950er Jahre, im Sommer 1966 anlässlich der Wahlen im größten Bundesland, Nordrhein-Westfalen, tourte, hörte ihm das Volk nicht mehr widerspruchslos zu. „Wo immer er hinkam, empfingen ihn Spruchbänder und Plakate mit abweisenden Parolen: 'Maßhalten, dann Maulhalten, dann Durchhalten.' ... Nirgendwo kam Erhard mit seiner Standardrede sehr weit, manchmal kaum über die Anrede hinaus. Dann Pfiffe, Zwischenrufe, Sprechchöre: ‚Erhard zurücktreten, Erhard weg.‘“³⁹

Erhard focht dies nicht an. Er blieb beim Monolog. „Wenn das deutsche Volk nicht hören will, dann muss es eben fühlen.“⁴⁰ Die Führungen von CDU und CSU entschieden sich während des zweiten Halbjahres 1966 für die Fortsetzung des Dialogs mit dem Volk in einer großen Koalition zusammen mit der SPD und nahmen dafür ideologische Zugeständnisse gegenüber dem neuen Regierungspartner in Kauf, nahmen Abschied vom Ordoliberalismus und befürworteten den Paradigmenwechsel zur keynesianistischen Wirtschaftspolitik. Erhard wurde gestürzt. Die von Karl Schiller (SPD) unter dem Begriff „Globalsteuerung“ initiierte und von Finanzminister Josef Strauß (CSU) mitgetragene Wirtschaftsreform stellte wieder höhere Wachstumsraten und damit auch bessere Rahmenbedingungen für die Wiederaufnahme des Dialogs her und forderten ihn ein, in der Regel mit Hilfe der Gewerkschaften, notfalls aber auch durch „wilde Streiks“.⁴¹

38 W. Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 292.

39 V. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 621.

40 Ebenda, S. 616.

In der DDR waren die wirtschaftlichen Zuwachsraten bereits Anfang der 1960er Jahre bedenklich abgesunken. Einen Verzicht auf den Dialog glaubte sich Ulbricht, anders als zunächst die Mehrheit der administrativen Elite, jedoch auch nach der Errichtung der Mauer im August 1961 politisch nicht leisten zu können, ebenso wenig wie ein weiteres Absinken der für den Wettbewerb mit der Bundesrepublik wichtigen Investitionstätigkeit. Die zunächst innerhalb der administrativen Elite sehr skeptisch betrachtete gleichzeitige Bewältigung beider Aufgaben⁴² gelang mit dem NÖS, einer Wirtschaftsreform, die bei den staatlichen Unternehmen liegende, in der stark zentralisierten Planwirtschaft bisher nicht genutzte Handlungsreserven offen legte und sie für wieder höhere und stabile wirtschaftliche Wachstumsraten nutzbar machte.⁴³

Die Wirksamkeit der jeweiligen Reformen blieb in der Bundesrepublik und der DDR bis etwa Mitte der 1970er Jahre bestehen. Ausgelöst durch den ersten Erdölpreisschock vom November 1973 begann in beiden deutschen Staaten eine Periode langsameren wirtschaftlichen Wachstums, der in der Bundesrepublik 1974/75 und 1981/82 zeitweise zu „negativem Wachstum“ führte.⁴⁴ Das „goldene Zeitalter“ war in der Wirtschaft beider deutscher Staaten endgültig vorbei. Damit wurden auch die für ein Vierteljahrhundert in Deutschland gültigen Rahmenbedingungen für den Dialog zwischen administrativen Eliten und Volk, die durch hohe ökonomische Zuwachsraten im Ergebnis von Rekonstruktionsperiode und Fordismus gekennzeichnet waren, zunehmend außer Kraft gesetzt.

Grundsätzlich gab es als Antwort auf die veränderte Situation die Wahl zwischen vier Möglichkeiten:

Erste Variante: Die Wirtschaft musste erneut reformiert werden, um unter den veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen wieder ein passables Wirtschaftswachstum und damit die erprobten Rahmenbedingungen für einen Dialog zu erreichen. Der Abwahl von Bundeskanzler Helmut Schmidt und der Einsetzung der Regierung Kohl durch den Bundestag 1982 lag die Absicht zugrunde, die soziale Marktwirtschaft zu reformieren, vom Keynesi-

41 Th. Ellwein, Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren, München 1989, S. 40–47.

42 H. Wolf, Verhältnis von Ökonomie und Politik in der DDR – Möglichkeiten und Realitäten ihrer Entwicklung, in: L. Elm/D. Keller/R. Mocek (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. VI, Bonn/Berlin 1996, S. 127–128.

43 A. Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999, S. 558–559.

44 W. Weimer, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 244–273; A. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 178–191.

anismus zum Neoliberalismus, von der Nachfrage- zur Angebotsökonomie überzugehen. Wenn auch später die Jahre 1988/89 als „kleines Wirtschaftswunder“ gepriesen wurden – eine Rückkehr zu früheren Wachstumsraten brachte Kohls neoliberale Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht zustande.⁴⁵ Auch in der DDR wurden in den 1980er Jahren erneut Wirtschaftsreformen eingeleitet, die durch Dezentralisierung und größere Eigenverantwortung der Kombinate neue Wachstumsreserven erschließen sollten. Diese „Reformen in kleinen Schritten“ blieben inkonsequent und fruchteten nicht.⁴⁶

Die zweite Möglichkeit, den Dialog aufrecht zu erhalten, lief auf die fortgesetzte Berücksichtigung der substanziellen Ziele trotz ungünstiger Wachstumsbedingungen durch Umverteilung von Einkommen und Vermögen der Begüterten zugunsten der Masse der Bevölkerung, z.B. zwischen Wirtschaftselite und Arbeiterschaft, hinaus.

In der SBZ/DDR war dieses Mittel zeitweise, 1948/50 und 1952/53, massiv eingesetzt worden. In den 1970er/80er Jahren gab es in diesem Bereich kaum noch Reserven. Die Verstaatlichung der privaten und halbstaatlichen Unternehmen 1972 brachte vergleichsweise wenig⁴⁷. In der Bundesrepublik hätten durch die Erhebung von „Reichensteuern“ erhebliche Mittel mobilisiert werden können. Darauf, selbst auf die – im Sinne der Steigerung der Einnahmen des Staatshaushalts – lukrative Schließung von Steuerschlupflöchern wurde jedoch in den 1970er und 1980er Jahren verzichtet. Der Verkauf des nicht unbeträchtlichen staatlichen Eigentums – des so genannten Tafelsilbers (von VW bis zum Telekommunikationssektor der Post) brachte jeweils nur einmalige Beiträge zum Haushaltsbudget, stellte somit keine dauerhafte Problemlösung dar.⁴⁸

Dritten Variante: In Anpassung an die mittel- und langfristig niedrigeren Wachstumsraten waren die Verbesserung der Sozialleistungen und die Aufwärtsentwicklung des Lebensstandards zu verlangsamten bzw. in kritischen Zeiten sogar zu stoppen oder teilweise zurückzunehmen. Schon die Beendigung der Aufwärtsentwicklung, erst recht die Durchsetzung „sozialer Grau-

45 W. Weimer, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 351–358; W. Abelshauer, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 446–448.

46 D. Cornelsen/A. Scherzinger, Eigenverantwortung und Kontrolle – der Zwiespalt in der Reformpolitik der DDR, in: DIW-Wochenbericht 21/1989, S. 237–243.

47 A. Arp, VEG. Vaters ehemaliger Betrieb. Privatunternehmer in der DDR, Leipzig 2005.

48 R. Zohlnhöfer, Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl. Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung, 1982–1998, Opladen 2001, S. 167–174.

samkeiten“ mussten vom Volk als Aufkündigung des Dialogs, als Rückkehr zum Monolog verstanden werden und auf Unverständnis bis Unwillen stoßen. Vor dieser Perspektive schreckten die administrativen Eliten der Bundesrepublik und der DDR (zunächst) zurück.

Vierte Lösungsvariante: Wenn es den administrativen Eliten nicht gelang, das Wirtschaftswachstum wieder (genügend) anzukurbeln und die Wirtschafts- und Finanzkraft der Landes durch Umverteilung von oben nach unten bzw. Entstaatlichung nicht erreicht werden konnte oder sollte, wenn man aber auch auf die Weiterverfolgung des Dialogs, d.h. auf die Akzeptierung der substanziellen Ziele des Volkes nicht verzichten wollte, blieb nur noch ein Weg: von Dritten borgen, d.h. Schulden machen. Den unterschiedlichen Umständen und Möglichkeiten entsprechend ging die administrative Elite der Bundesrepublik unter Schmidt und Kohl den Weg der inneren und die DDR unter Honecker den Weg der äußeren Verschuldung.⁴⁹

Während es in der DDR nur in den 1970er Jahren gelang, den Prozess des Schuldenmachens einigermaßen zu beherrschen, konnte die Bundesrepublik – auch dank leichter Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Zuwachsraten Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre – noch einen gewissen Zeitraum über die Wiedervereinigung hinaus den Dialog durchhalten.⁵⁰

In der DDR kam es Anfang der 80er Jahre zu einer Verschuldungskrise. Anders als Polen und Rumänien gelang es der DDR, ihre Zahlungsfähigkeit zwar aufrecht zu erhalten⁵¹, aber um den Preis der Aufgabe des Dialogs mit dem Volke in wesentlichen Teilen. Die zur Schuldenverringering eingeschlagene (bis 1986 auch erfolgreiche) Politik des „Exportüberschusses im Westhandel um jeden Preis“ führte nicht nur zu drastischen Importkürzungen an den in der Bevölkerung begehrten Westwaren, sondern auch zu deutlich verringerter Investitionen in den Konsumgüterindustrien (einschließlich des Verzicht auf den Aufbau von neuen Fertigungslinien für z.B. Videorekorder und Spülmaschinen).⁵² Die administrative Elite der DDR entwickelte erneut einen Monolog, der in etwa lautete, dass das Volk angesichts der „sozialen Errungenschaften“, insbesondere der Abwesenheit von Arbeitslosigkeit in einer Zeit, da diese sich im Westen Deutschlands als immer weniger beherrschbar erwies, qualitative (teilweise auch quantitative) Probleme in der

49 W. Weimer, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 306–316, 392–398; Deutsche Bundesbank, Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975–1989, Frankfurt/Main 1999, S. 60.

50 W. Weimer, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 326–328.

51 A. Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Hamburg 2000, S. 284–288.

52 A. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 197–221,

Versorgung in Kauf nehmen könne und müsse. Bei Mielke hörte sich der Monolog – hier ein Zitat aus dem Protokoll einer Dienstbesprechung beim Minister für Staatssicherheit – so an: „Der Sozialismus ist so gut; (aber) sie verlangen immer mehr und mehr. So ist die Sache.“⁵³

5. Die Herstellung der deutschen Einheit im Dialog zwischen der westdeutschen administrativen Elite und der ostdeutschen Bevölkerung 1989/1990

Vom Volk der DDR wurde die Verschlechterung des Lebensstandards ebenso wie das sich gegenüber den 1970er Jahren sich deutlich verlangsamende Tempo der Gewährung sozialer Zuwendungen als (vollständige) Abkehr „seiner“ administrativen Elite vom Dialog gewertet.⁵⁴ Die Bevölkerung der DDR begann sich zunehmend auf jenen deutschen Staat zu orientieren, in dem die administrative Elite den Dialog mit „ihrem“ Volk offensichtlich weiterhin aufrecht zu halten in der Lage war. Nach den der DDR-Bevölkerung zugänglichen Informationen schien es so, dass „drüben“ an den Wohlstands- und Sozialstaatszielen unbeirrt festgehalten wurde und die Regierung weiterhin zur Sozialen Marktwirtschaft stand.⁵⁵ Die führenden Repräsentanten der administrativen Elite der Bundesrepublik, allen voran Kanzler Kohl, versprachen im Wahlkampf vom März 1990 dem Volk der DDR, ihm das zu gewähren, was es von „seiner“ administrativen Elite nicht mehr bekommen konnte: „Blühende Landschaften“, ein „zweites deutsches Wirtschaftswunder“ und sie beeilten sich, zu versichern, dass es im Falle der Wiedervereinigung keinem schlechter gehen würde als zuvor, „aber vielen besser“, sofern man nur Wohlstand statt Sozialismus“ wähle.⁵⁶

6. Das Ende der dualen Welt und die Verlockungen einer Rückkehr

53 A. Mitter/St. Wolle (Hrsg.), Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989, Berlin 1990, S. 120.

54 Eindrucksvoll das dazu vom Staatssicherheitsdienst der DDR zusammengetragene Material. Hinweise auf wesentliche motivbildende Faktoren im Zusammenhang mit Anträgen auf ständige Ausreise nach dem nichtsozialistischen Ausland und dem ungesetzlichen Verlassen der DDR (MfS, ZAIG, 0/225, 9.9.1989), in: Ebenda, S. 141–147.

55 W. Seibel, Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000, Frankfurt/New York 2005, S. 83–93.

56 V. Granzow/ K.H. Jarausch (Hrsg.), Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991, S. 136–143.

zum Monolog nach 1990

Viel zu wenig wahrgenommen und gewürdigt wurde in Deutschland angesichts der Probleme der administrativen Vollendung (z.B. durch Elitenaustausch) wie auch der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Vereinigung, was 1991 in der Sowjetunion vor sich ging und zum Zusammenbruch des einen der beiden alternativen Weltsysteme führten. Damit entfiel die entscheidende Rahmenbedingung, die das Verhältnis von Dialog und Monolog in Nachkriegsdeutschland geprägt hatte. Dieses war ganz überwiegend dadurch gekennzeichnet gewesen, dass die konkrete Politikgestaltung durch die Ergebnisse des Dialogs gekennzeichnet war, oder anders gesagt, abgesehen von kurzen Zeiträumen – für die DDR allerdings dann über die gesamten 80er Jahre –, ein ungeschriebener Gesellschaftsvertrag vorherrschte: Die aus der Furcht der administrativen Eliten, dass das Volk seine Herren wechseln könnte, resultierende Bereitschaft, nicht auf seinen eigenen ideologischen Zielen zu beharren, sondern unter Berücksichtigung der substanziellen Ziele des Volkes einen Konsens zu suchen, hatte das Überwiegen des Dialogs über den Monolog in der Zeit der deutschen Teilung, die auch die Zeit der Teilung der Welt in zwei Systeme war, bewirkt.

Die aus der Existenz der dualen Welt herrührende Kompromissbereitschaft verlor nach deren Ende ihre Grundlage. Nach dem Ende des „Einheitsbooms“, in der seither nur selten unterbrochenen wirtschaftlichen Stagnationsperiode folgte die administrative Elite der Bundesrepublik unter den Kanzlern Kohl und Schröder (mit Ausnahme der halbjährigen Amtszeit Oskar Lafontaines als Finanzminister 1998/99) den Lehren der Angebotsökonomie bzw. des Neoliberalismus⁵⁷ und zeigte deutliche Tendenzen der Rückkehr zum Monolog. Der bayrische Staatskanzleichef Erwin Huber hat in diesem Zusammenhang vor einiger Zeit den nicht umsonst rasch zum Klassiker avancierten Satz zitiert, „man dürfe die Frösche nicht fragen, wenn die Teiche trockengelegt werden sollen“.⁵⁸ Mit der etwa seit der Jahrtausendwende üblichen Argumentation der deutschen administrativen Elite und der ihr verpflichteten Medien, dass die Bundesrepublik über ihre Verhältnisse gelebt habe und dass es zur Globalisierung keine Alternative gebe, ist es seit der Mitte der 1990er Jahre zum Abbau von Sozialleistungen, zur Verschlechterung

57 R. Zolnhöfer, Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl, S. 364–370; Ch. Butterwegge, Eine kritische Bilanz der rot-grünen Sozialpolitik, in: K. Eicker-Wolf/H. Kindler/I. Schäfer/M. Wehrheim D. Wolf (Hrsg.), „Deutschland auf den Weg gebracht“. Rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Marburg 2002, S. 313–338.

58 Zitiert in: Der Tagesspiel vom 23. 10.05.

der Arbeitsbedingungen (bezogen u. a. auf Arbeitszeit, Kündigungsschutz und Mitbestimmungsmöglichkeiten) in den Unternehmen, und zu Real- und Nominallohnabbau gekommen, von einer für die Arbeitgeber negativen Entwicklung der Relativlöhne ganz zu schweigen, die bereits Anfang der 1980er Jahre einsetzte – und das alles begleitet von zunehmender sozialer Unsicherheit für alle „Arbeitnehmer“.⁵⁹ Die Feststellung, dass es zu dieser Politik keine Alternative gäbe wird begleitet von dem Hinweis, „Gebt uns Zeit, dann werdet ihr merken, dass wir auf dem einzig richtigen Weg sind!“. Denn, so wird immer wieder betont, „soziale Grausamkeiten“, „Heulen und Zähneklappern“ sind nur notwendiges Durchgangsstadium, nicht der Zweck der neoliberalen Reformen. Wenn zunächst einmal die wenigen Reichen reicher geworden sind und mehr zu investieren haben, wird es bei dem danach einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung allen, auch den Armen, besser gehen.

Es bleibt abzuwarten, ob es der administrativen Elite gelingen wird, das deutsche Volk dieses Mal von der Richtigkeit einer Politik des „Gürtel enger schnallen!“ als Voraussetzung für diese lichte Zukunftsperspektive zu überzeugen. Bis zu den Wahlen 2005 ist das jedenfalls noch nicht gelungen, so dass u. a. der Chef der Jungen Union, Philipp Mißfelder, angesichts des unerwartet schlechten Abschneidens seiner Partei, der CDU, in der Bundestagswahl konstatieren musste. „Es ist uns nicht gelungen, unsere Reformen positiv zu besetzen. Die Menschen hatten Angst. ...Wir haben unterschätzt, dass sich abseits aller Meinungsumfragen Widerstände gegen unseren Kurs formiert haben.“⁶⁰ Möglicherweise ist das behutsamere Herangehen einiger führender Politiker der CDU/CSU wie überhaupt das vorsichtigere Agieren aller Ressorts des wirtschaftlich-sozialen Bereichs in der nach den Wahlen zustande gekommenen großen Koalition Ausdruck von Zweifeln an der Zweckmäßigkeit der unbeirrten Fortsetzung des durch Agenda 2010 und Hartz IV charakterisierten neoliberalen Kurses der rot-grünen Regierung.

7. Schlussbemerkung

Zur Entscheidung für eines der beiden konträren Wirtschaftssysteme, Marktwirtschaft oder Planwirtschaft ist es in Nachkriegsdeutschland innerhalb von drei Jahren gekommen. Die 1948 eingeschlagenen Wege wurden bis 1989 kompromisslos beibehalten und ebenso kompromisslos das „überlebende“ Wirtschaftssystem 1990 auf den anderen Teil Deutschlands ausgedehnt. Zu

59 J. Roesler, *Der Relativlohn*, S. 164.

60 Zitiert in: *Der Tagesspiegel* vom 21.10.05

einer lupenreinen Ausprägung der beiden sich in ihren Wirkungsmechanismen deutlich unterscheidenden Wirtschaftssysteme kam es jedoch damals und bis heute nicht. Das lag weniger an den administrativen Eliten, die bereit waren, ihre ideologischen Ziele mit aller Konsequenz durchzusetzen, zumal ihrer Meinung nach das Wohl des Volkes in ihren Konzeptionen auch Platz hatte. Das lag vor allem am Volk, das hartnäckig und eigensinnig seine eigenen, substanziellen Ziele zu Gegenwartszielen erklärte und den Dialog einforderte. Die Kompromissformeln „Soziale Marktwirtschaft“ bzw. sozialverträgliche „sozialistische Planwirtschaft“, beinhalteten stets Abstriche vom den ideologischen Zielen bzw. waren mit einer gewissen Ignoranz gegenüber der „reinen Lehre“ verbunden, ob man nun in der Planwirtschaft der DDR jahrzehntelang Privateigentum an den Produktionsmitteln und in der Reformperiode für fast ein Jahrzehnt Marktelemente zuließ oder ob man in der Bundesrepublik in der Marktwirtschaft zeitweise Konsumgüterpreise oder Mieten per Mietpreisbindung „am Markt vorbei“ festlegte oder ein fürsorgestaatliches – d.h. nicht auf der Grundlage marktwirtschaftlicher Kriterien gestaltetes – Sozialsystem aufbaute. Der bis Mitte der 1970er Jahre in Westeuropa viel bewunderte Wirtschaftsaufstieg der BRD und die im östlichen Ausland bestaunten wirtschaftlichen Erfolge der DDR dürften weniger der konsequenten Verfolgung ordnungspolitischer Ziele als auf deren – vom Volk erzwungene – inkonsequente Anwendung zurückzuführen sein.

Dieses der heute in Deutschland herrschenden, auf die konsequente Verwirklichung von Angebotsökonomie und auf Privatisierung in allen Wirtschafts- und Versorgungsbereichen pochenden neoliberalen Lehre ebenso wie der Planwirtschaftslehre der DDR widersprechende Ergebnis hatte der britische Wirtschaftsjournalist Will Hutton schon 1990 gewissermaßen vorweg genommen, als er im „Guardian“, die Auswirkungen des Thatcherismus auf Großbritannien analysierend, schrieb: „Am besten funktionieren diejenigen kapitalistischen Wirtschaften, die sich bei der Leitung der Wirtschaft am wenigsten an die kapitalistische Ideologie halten. Am schlechtesten funktionieren diejenigen Wirtschaften, in denen Leute das Sagen haben, die sich auf eine politische Philosophie stützen, die sie in ihrem Überlegenheitsgefühl gegenüber dem Sozialismus stärkt und die diese Überlegenheit täglich zu praktizieren versuchen.“⁶¹ Huttons Aussage galt bis 1989 bzw. 1991 natürlich auch unter umgekehrten Vorzeichen. Woraus sich schlussfolgern lässt: Der Beitrag der Volksmassen für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialentwicklung ist in Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts größer gewesen als

61 Zitiert in: The Guardian v. 7.3. 1990.

gemeinhin angenommen. Daraus ergibt sich eine wesentliche Lehre: Es lohnt sich für die administrative Elite, bei der Entwicklung ihrer Vorstellungen vom rechten Weg die Forderungen des Volkes zu berücksichtigen.